

Wigbert Flock

Soziale Entwicklung im Neoliberalismus

Eine empirische Analyse zu den urbanen Volkssektoren Chiles

Chile gilt im Diskurs internationaler Finanzorganisationen als eines der lateinamerikanischen Länder, die den Herausforderungen der Globalisierung am effizientesten begegnet sind. Tatsächlich hat im Ergebnis der Militärdiktatur (1973-1990) und der von ihr eingeleiteten neoliberalen Transformationen eine umfassende Anpassung Chiles an die Dynamik des kapitalistischen Weltmarktes stattgefunden. Da Chiles Wirtschaft lange Zeit hohe Wachstumszahlen schrieb, die wieder gewonnene Demokratie konsolidiert erschien und zudem das Ausmaß an Armut zurückgedrängt werden konnte, wurde der Begriff vom „Modell Chile“ geprägt. Zentrales Kennzeichen dieses Modells ist eine Modernisierungsstrategie, die auf ökonomischer Ebene an die neoliberalen Parameter der Pinochet-Administration anschließt, seit den 1990er Jahren aber dem von der UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika entwickelten Leitbild „Wachstum mit Gleichheit“ folgt (vgl. CEPAL 1990; MIDEPLAN 1996). Angestrebt ist damit die forcierte Weltmarktintegration, die bei gleichzeitiger Bündelung von technologischer Modernisierung und Vertiefung der politischen Demokratie kumulative Synergieeffekte hin zu mehr sozialer Gerechtigkeit auslösen soll.

Im Zuge dieser Entwicklungen bildeten sich für die chilenische Bevölkerung enorme Modernisierungsrisiken heraus (vgl. PNUD-Chile 1998, 2004). So stellt sich der Großraum Santiago (*Región Metropolitana*) mit seinen über 6 Millionen Einwohnern (INE 2001) als globalisierte Metropole dar, in der sich die Entstofflichungs- und Entgrenzungstendenzen des Globalisierungsprozesses besonders stark auswirken. Die Verlagerung der Produktion auf neue, zum Teil hochmoderne Dienstleistungsbereiche leistet gesellschaftlichen Fragmentierungsprozessen Vorschub: Teile der urbanen Bevölkerung partizipieren an der wirtschaftlichen Dynamik, während andere Teile in rückständigen Bereichen verbleiben oder dort hin absinken (Martínez & Díaz 1995; Moulian 1997); die räumliche Segregation von Armut hat wieder zugenommen (Bengoa 1995). Politisch gerät das chilenische Modell in einen immer stärkeren Legitimationsdruck, da sowohl Armut wie auch soziale Ungleichheitsverhältnisse auf hohem Niveau fortbestehen.

Dieser Beitrag stellt die Ergebnisse einer qualitativen Studie (Flock 2003) zur sozialen Lage eines der bevölkerungsstärksten Armenviertel Santiagos vor. Der zentrale Befund der Studie lautet: Das neoliberale Regime hat Chile, gemessen an makroökonomischen Indikatoren, zu einem Gewinnerland im globalisierten Kapitalismus gemacht, gleichzeitig jedoch trotz staatlicher Korrekturmaßnahmen nach 1990 Verlierer hervorgebracht. Zwar konnten die Armutsraten zurückgedrängt werden, doch haben sich die sozialen Ungleichheiten weiter verschärft, wobei das Selbstorganisationspotential der vulnerablen Bevölkerungsschichten – insbesondere in den Armenviertel (*poblaciones*) – in gravierendem Maße erodiert ist. In einem ersten Teil werden die essentiellen sozioökonomischen Dimensionen des chilenischen Entwicklungsweges seit 1990 beleuchtet: Einkommensarmut, soziale Ungleichheit, Bildung, Soziale Sicherungssysteme und Gesundheitsversorgung. Ein zweiter Teil stellt die sozialen Verhältnisse innerhalb der untersuchten *población* bzw. die verschiedenen Handlungsformen der lokalen Akteure in den Mittelpunkt: Exklusionserfahrungen, politische Partizipation, Geschlechterverhältnisse, Überlebensstrategien, Wahlverhalten. Abschließend soll gezeigt werden, dass diese Situation sowohl die öffentlichen Verwaltungen wie auch die verschiedenen Entwicklungsagenturen, die sich der Korrektur marktbedingter Exklusionsmechanismen verpflichtet sehen, vor bislang ungelöste konzeptionelle Probleme stellt.

Sozioökonomische Entwicklungen

Einkommensarmut

Im Zuge des Übergangs zur Demokratie (*transición*) setzte zunächst ein Rückgang der Einkommensarmut ein – allein im Zeitraum 1990 bis 1996 von 38,6 % auf 23,2 % (MIDEPLAN 1997), wobei die absolute Armut (*indigencia*) 1996 noch 5,8 % ausmachte (Tab. 1). Diese Entschärfung war in erster Linie auf den Beschäftigungseffekt der anfangs sehr hohen ökonomischen Wachstumsraten, insbesondere in den dynamischen Exportsektoren und den Dienstleistungsbereichen, zurückzuführen. Allerdings flachte die Entwicklung infolge von Turbulenzen an den internationalen Finanzmärkten – zu denken ist hier beispielsweise an die so genannte Asienkrise (1997/98) – wieder ab: Noch 2003 galten 18,8 % der chilenischen Bevölkerung als arm, davon 4,7 % als *indigentes*. In absoluten Zahlen bedeutet dies: 2,9 Mio. Menschen galten als arm, davon 728.000 als absolut arm (MIDEPLAN 2004). Bereits die Zunahme von regierungsamtlich gemessener *indigencia* zeigt, dass sich Armutskerne auf relativ hohem Niveau manifestieren und diese auch von den Armutsbekämpfungsprogrammen nicht signifikant beeinflusst werden konnten.

Tab. 1: Entwicklung der Armut und der absoluten Armut (nach Personen)
(1990-2003)

X	Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze		davon absolut arm (<i>indigente</i>)	
	absolut	in %	absolut	in %
1990	4.965.600	38,6	1.659.300	12,9
1992	4.331.700	32,6	1.169.300	8,8
1994	3.780.000	27,5	1.036.200	7,6
1996	3.288.300	23,2	813.800	5,8
1998	3.160.100	21,7	820.000	5,6
2000	3.008.100	20,6	849.200	5,7
2003	2.907.700	18,8	728.000	4,7

Quellen: MIDEPLAN (1997, 1999, 2001, 2004a)

Dabei wird die Armutsgrenze in Chile über einen Basiswarenkorb definiert. Wer bestimmte Produkte, die zum Überleben notwendig sind, nicht erwerben kann, gilt als *indigente*. Wer sich darüber hinausgehend mindestens einen Basiswarenkorb, höchstens aber zwei Basiswarenkörbe leisten kann, gilt als arm.¹ Bezogen auf die überwiegend urban lebende chilenische Gesellschaft heißt dies in absoluten Zahlen: Die aktuellen Kosten eines Basiswarenkorb (personenbezogen, Mai 2006) betragen nach Angaben des *Ministerio de Planificación y Cooperación* (MIDEPLAN) 21.856 chil. Pesos (33,00 €). Damit ist das Ausmaß der Armut zwar zurückgegangen, befindet sich jedoch weiter auf einem hohen Niveau.

Diese Entwicklung korreliert in direkter Weise mit makroökonomischen Schwankungen. Nachdem Chile aufgrund seiner erfolgreichen Exportgeschäfte lange Zeit sehr hohe Wachstumszahlen von bis zu 10 % schreiben und seine Handelsbilanz bis 1995 noch positiv gestalten konnte, mussten in den Folgejahren deutliche Einbrüche verzeichnet werden. Erst seit dem Jahr 2000 ist wieder eine Erholung eingetreten.

Nach den regierungsamtlichen Angaben des *Instituto Nacional de Estadísticas* (INE) betrug die offene Erwerbslosigkeit 7,1 % (Juni 1999). Untersuchungen der *Universidad de Arte y Ciencias Sociales* (ARCIS) (2000) weisen demgegenüber eine reale Erwerbslosigkeit von ca. 22,5 % für Gesamt-Chile bzw. 23,63 % für Santiago aus. In Santiago wären damit etwa 695.000 Personen erwerbslos. Diese deutliche Abweichung erklärt sich aus den unterschiedlichen Messmethoden sowie der differierenden Begrifflichkeit von Erwerbslosigkeit. Denn anders als INE bezog ARCIS auch Personen in die Berechnungen ein, die zwar als inaktiv gelten – weil sie das Rentenalter erreicht haben, arbeitsunfähig sind oder nicht als arbeitssuchend gelten (Umschüler, Rentner etc.) –, dennoch aber „den Wunsch

haben zu arbeiten“, sowie die Arbeitskräfte innerhalb der staatlichen Beschäftigungsprogramme (vgl. auch PET 1999a, 1999b; Bravo & Ramos 1999).

Javier Martínez und Álvaro Díaz (1995) analysieren umfassend die Deindustrialisierung Chiles im Zuge der neoliberalen Transformation sowie die damit zusammenhängenden Veränderungen der Klassenstrukturen. Diese Prozesse setzten insbesondere im ersten Jahrzehnt der Militärregierung (1973-1989) ein. Bedingt durch die mangelnde Konkurrenzfähigkeit der chilenischen Wirtschaft gegenüber den Industrieländern und den Zusammenbruch ganzer Industriezweige reduzierte sich der Anteil des zumeist männlichen Industrieproletariates von 27,1 % (1971) auf 11,0 % (1982) (ebd.: 101). Eine essentielle Folge war eine hohe Arbeitslosigkeit, die in den 1980er Jahren durch staatliche Beschäftigungsprogramme verdeckt wurde. Diese förderte das Anwachsen eines informellen Sektors, der durch sehr geringe Produktivität und äußerst geringe Einkünfte gekennzeichnet war. Außerdem bewirkte sie, dass sich innerhalb der Volksektoren² (*sectores populares*) der Zwang zur Erwerbsarbeit auf alle Haushaltsmitglieder ausweitete. Frauen drängten verstärkt auf den Arbeitsmarkt, Jugendliche suchten immer früher nach Arbeit, und Pensionierte wurden wieder ökonomisch aktiv. Dadurch wandelten sich ressourcenschwache Familien in den *poblaciones* von Sozialisationseinheiten zu Subsistenzeinheiten, die begannen, ihre Arbeitskraft entweder dem Staat und dem von ihm finanzierten zweiten Arbeitsmarkt zur Verfügung zu stellen oder kleinunternehmerischen Aktivitäten nachzugehen (vgl. Flock 2003: 28ff, 237ff).

Einkommensarmut kann daher nicht allein auf Erwerbslosigkeit zurückgeführt werden, denn bis zu zwei Drittel der als arm klassifizierten Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter gehen einer formalen Beschäftigung nach (Hidalgo 1998; PET 1998b); insofern sichert selbst die Integration in den Arbeitsmarkt keine soziale Position oberhalb der Armutsgrenze. Zwar existiert ein gesetzlicher Mindestlohn (*Salario Mínimo*), doch ist dieser sehr knapp bemessen. Im Jahr 2000 betrug er brutto 90.500 chil. Pesos (174,78 €), abzüglich der Versicherungsbeiträge blieben netto 72.400 chil. Pesos (140,60 €). Da der Basiswarenkorb eines durchschnittlichen Familienhaushaltes (5 Personen) nach Berechnungen von MIDEPLAN (2001) im Jahr 2000 101.405 chil. Pesos (196,93 €) kostete (urbane Bereich), mussten etwa 1,4 Mindestlöhne erzielt werden, um die minimalen Grundbedürfnisse abdecken zu können. Um die Armutsgrenze von zwei Basiskörben zu überschreiten, mussten etwa 2,8 Mindestlöhne erzielt werden.

Zudem erreichten 10,9 % der Löhne 1996 nicht die Höhe eines Mindestlohnes (MIDEPLAN 1996). Weitere 32,4 % lagen zwischen einem und zwei Mindestlöhnen (González Meyer 2001). Denn gerade in den Unternehmen der dynamischsten Sektoren (z.B. die Frucht-, Fisch- oder Holzindustrie) sowie in den Dienstleistungsbranchen laufen arbeitsrechtlich ungebremste Flexibilisierungsprozesse in der Weise

ab, dass Kernbelegschaften durch Arbeitskräfte von Subunternehmen oder durch Saisonarbeiter/innen auf unterstem Lohnniveau ersetzt werden. Dies verschärft die Lage für Haushalte der unteren Einkommensgruppen, denn sie sind vergleichsweise stärker angewiesen auf Erwerbseinkommen aus abhängigen Beschäftigungen als die der oberen Einkommensgruppen, welche häufiger über zusätzliche Einkünfte aus Kapitalerträgen verfügt (vgl. Urmeneta 1996).

Soziale Ungleichheit

Auch wenn die Armut als statistische Größe seit der Ablösung der Diktatur im Jahr 1990 zurückgegangen ist, so hat sich die soziale Polarisierung der chilenischen Gesellschaft durch ungleiche Einkommensverteilung nicht wesentlich verändert (vgl. dazu auch Müller-Plantenberg 2003): Das einkommensschwächste Dezil (I) erzielte im Jahr 2003 1,2 % am Gesamteinkommen, das einkommensstärkste (X) 41,2 % (Tab. 2). Ferner konnten die 20 % reichsten Haushalte ihren Vorsprung zwischen 1990 und 2003 vom 12,93-fachen auf das 14,49-fache des Einkommens der 20 % ärmsten Haushalte ausweiten (Zeile 20/20). Die soziale Ungleichheit hat damit weiter zugenommen. Gemessen am Gini-Index weisen in der Region nur Brasilien (59,1) und Kolumbien (57,6) bzw. im Weltmaßstab nur sechs afrikanische Staaten – Namibia, Lesotho, Botswana, Sierra Leone, Zen-

Tab. 2: Entwicklung der Einkommensverteilung (Haushalte) (1987-2003, in %)³

Dezil	1987	1990	1992	1994	1996	1998	2000	2003
I	1,5	1,6	1,7	1,5	1,4	1,2	1,1	1,2
II	2,8	2,8	2,9	2,8	2,7	2,5	2,6	2,7
III	3,6	3,7	3,8	3,6	3,6	3,5	3,7	3,6
IV	4,3	4,5	4,7	4,6	4,6	4,5	4,5	4,7
V	5,4	5,4	5,6	5,6	5,5	5,3	5,7	5,5
VI	6,3	6,9	6,6	6,4	6,4	6,4	6,5	6,6
VII	8,1	7,8	8,0	8,0	8,1	8,3	7,9	8,3
VIII	10,9	10,3	10,4	10,5	11,0	11,0	10,5	10,8
IX	15,9	15,1	14,7	15,3	15,4	16,0	15,2	15,3
X	41,3	41,8	41,6	41,6	41,3	41,3	42,3	41,2
gesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
20/20	13,30	12,93	12,24	13,12	13,83	15,48	15,54	14,49

Quellen: Eigene Zusammenstellung nach MIDEPLAN (1997a, 1999b, 2001a, 2003)

tralafrikanische Republik und Swasiland – ungleichere Verhältnisse als Chile (57,1) auf (UNDP 2004: 188ff).

Die bislang am verfügbaren Einkommen aufgezeigten sozialen Ungleichheitsverhältnisse korrelieren direkt mit dem Faktor Bildung. Einkommensstarke Gruppen verfügen über eine vergleichsweise hohe formale Bildung; sie haben beispielsweise zu 39,4 % ein Hochschulstudium abgeschlossen, während dies im untersten Einkommensquintil nur zu 0,8 % bzw. 2,6 % der Fall ist (Tab. 3).

Tab. 3: Schulbildung nach Einkommensgruppen (1998, in %)

Schulbildung	Einkommensquintile					Durchschnitt
	I	II	III	IV	V	
Keine	4,6	2,4	2,0	1,5	0,4	2,0
Grundschule nicht abgeschlossen	36,6	25,6	18,2	11,5	4,4	17,5
Grundschule abgeschlossen	19,0	16,8	12,5	9,6	4,6	11,8
Oberschule nicht abgeschlossen	21,0	24,5	22,5	20,4	13,1	20,0
Oberschule abgeschlossen	15,3	24,6	32,1	33,0	25,8	27,1
Hochschule nicht abgeschlossen	0,9	2,0	4,3	7,2	10,8	5,5
Hochschule abgeschlossen	0,8	2,6	7,0	15,4	39,4	14,6
ohne Angaben	1,9	1,5	1,4	1,4	1,4	1,5
gesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: MIDEPLAN (1999)

In Bezug auf den faktischen Zugang zum Bildungssystem ergeben sich für die einkommensschwachen Bevölkerungsgruppen enorme Einschränkungen. Davon sind vor allem Kinder im Vorschulalter, Jugendliche, junge Erwachsene und Erwachsene mit Nachqualifizierungswunsch aus den ärmsten Bevölkerungsgruppen betroffen. Nach MIDEPLAN (1997) besuchten 1996 22,3 % der Kinder aus dem untersten Einkommensquintil gegenüber 48,4 % aus dem einkommensstärksten Quintil eine Vorschuleinrichtung. Die *Fundación Nacional para la Superación de la Pobreza* (FNSP 1999: 31ff; 91ff) bestätigt diese Werte im Wesentlichen, hebt aber, realitätsnäher und statistisch aufschlussreicher, die Altersgruppe der Zwei- bis Fünfjährigen heraus: Danach besuchen 24 % der Kinder aus dem einkommensschwächsten Quintil, aber 57 % aus dem einkommensstärksten eine Vorschuleinrichtung. Im allgemeinen Grundschulsystem sind dagegen immerhin 96,5 % der Kinder (im Alter von 6 bis 14 Jahren) des ärmsten Quintils erfasst (nationaler Durchschnitt: 98,2 %). Bei den Jugendlichen (15 bis 17 Jahre) gingen 1996 auch noch 83,6 % einem Schulbesuch nach, wobei sich

bereits in dieser Altersgruppe die Schere zwischen dem ärmsten Einkommensquintil (74,4 %) und dem reichsten (96,4 %) öffnet.

In der Gruppe der jungen Erwachsenen (18 bis 24 Jahre) ist das Verhältnis aus Sicht des ärmsten Quintils mit 21,4 % Schulbesuch gegenüber dem reichsten Quintil mit 45,5 % ähnlich ungünstig. Zur Höheren Schulbildung (Universitäten sowie einige *Institutos Profesionales* und *Centros de Formación Técnica*) gelangen gegenwärtig sogar nur 8,5 % der Bevölkerung des ärmsten Quintils gegenüber 59,7 % des reichsten (FNSP 1999: 54f). Dieser Umstand geht in erster Linie auf die Kosten der Bildungsangebote und auf die unzureichende öffentliche Finanzierung zurück.

Auch die Qualität der Bildungsinstitutionen variiert in hohem Maße. Nach verschiedenen Untersuchungen des *Sistema de Mediación de la Calidad de la Educación* korreliert die Qualität der Schulbildung sehr stark mit dem jeweiligen Schultypus. Zwar sind die Schülerleistungen an kommunalen Grundschulen bis 1994 absolut gestiegen, die enormen Unterschiede zu den privaten Schulen konnten jedoch nicht aufgeholt werden. Die Unterschiede kommen allein in der Tatsache zum Ausdruck, dass die Schüler der 10 % besten Schulen durchschnittlich 84,8 Punkte, die der 10 % schlechtesten Schule 48,8 Punkte (PET 1996) erzielen. Das *Programa de Economía y Trabajo* (PET 1996) schätzt ferner, dass die Schulen mit den schlechtesten Schülerleistungen etwa das Neunfache an Finanzmitteln investieren müssten, um mit den allgemeinen durchschnittlichen Standards Schritt halten zu können.

Als zentrale Gründe für die Qualitätsunterschiede zwischen kommunalen und privaten Schulen nennt Gustavo Cuadra (1996: 15f):

- die unzureichende finanzielle Abdeckung, insbesondere für Personal- und Gebäudekosten;
- die Schwierigkeiten gerade ärmerer Kommunen, ihre Schule effizient zu verwalten;
- die unzureichende Übertragung pädagogischer Kompetenzen durch das Erziehungsministerium;
- sowie die fehlenden personellen Voraussetzungen zur Entwicklung spezifischer, an die lokalen Anforderungen angepasster Lehrpläne.

Vor dem Hintergrund dieser strukturellen Nachteile des öffentlichen gegenüber dem privaten Bildungssystem kann der Stellenwert von Bildungsabschlüssen für die Herstellung sozialer Integration und Mobilität mit Blick auf die finanziell schwach ausgestattete Bevölkerung in den *poblaciones* nicht zu hoch eingeschätzt werden (vgl. Romaguera & Mizala 1999 sowie Nilo Ceballos 1999).

Soziale Sicherungssysteme

Ogbleich sich über die Höhe des chilenischen Sozialhaushaltes aufgrund der Zuordnung zu verschiedenen Fachministerien keine präzisen Angaben machen lassen, zeichnet sich insgesamt ab, dass der Staat seine Sozialausgaben konstant ausgeweitet hat (MIDEPLAN 1996; Contraloría 1999; PET 1998a). Allerdings entspricht dieses Wachstum nicht dem gestiegenen Steueraufkommen. Die klassischen Sozialversicherungssysteme weisen daher insbesondere infolge der Einschnitte durch die streng monetaristische Politik zwischen 1975 und 1985 große Löcher auf und sind nur sehr unzureichend auf die aktuelle soziale Lage der Bevölkerung abgestimmt. Erst im November 2001 führte das Parlament eine gesetzliche Arbeitslosenversicherung ein, deren Beitrag 3 % des Bruttoarbeitslohnes beträgt und zu 2,4 % vom Arbeitgeber bzw. zu 0,6 % vom Arbeitnehmer finanziert wird. Abgeführt werden die Beiträge an private Versicherungsgesellschaften, die sog. *Administradoras de Fondos de Pensiones* (AFP). Diese Kapitalversicherungen wurden bereits Ende 1980 durch die Militärregierung per Dekret Nr. 3.500 ins Leben gerufen und stellen heute ein Pflichtversicherungssystem dar. Verwaltet werden die AFP privatwirtschaftlich, mit der Folge, dass die Kapitalstöcke, wenngleich unter Aufsicht der Zentralbank, für Investitionen auf dem Kapitalmarkt bzw. für Spekulationen eingesetzt werden können, was in einigen Fällen bereits zu Konkursen, bzw. aus Sicht der Versicherten zum Verlust ihrer Einlagen geführt hat (Zapatta 1997).

Krankenversicherungspflicht herrscht in Chile für alle lohnabhängig Beschäftigten und Rentner/innen. Grundsätzlich kann zwischen der Mitgliedschaft im öffentlichen oder in einem privaten Versicherungssystem gewählt werden. Von den unteren Einkommensgruppen (Quintil) sind nach einer Erhebung des MIDEPLAN (1998) jedoch 86,2 % über die öffentliche Krankenkasse *Fondo Nacional de Salud* (FONASA) versichert; nur 4 % sind Mitglieder in einer privaten Kasse (den sog. *Instituciones de Salud Previsional*, ISAPRE). Einer Betriebskrankenkasse gehören 8,5 % an, und 0,5 % sind über die Streitkräfte versichert; 0,9 % machen keine Angaben – ein Wert, der allerdings den Trend, sich der Versicherungspflicht zu entziehen, nicht adäquat widerspiegeln dürfte. Auch wer keiner sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nachgeht, wird in die FONASA aufgenommen. FONASA kann dabei als die Krankenversicherung der Armen gelten, denn zwei Drittel der dort Versicherten verfügen über ein Einkommen von weniger als umgerechnet 200 €, so dass 90 % der Versicherten Monatsbeiträge unter 25 € entrichten (vgl. Holst 2004).

Entsprechend existieren im Gesundheitsbereich, abgesehen von der medizinischen Erstversorgung bei Notfällen, enorme Qualitätsunterschiede, die wie im Bildungsbereich in direkter Weise mit der Kaufkraft und der Möglichkeit korre-

lieren, sich im privaten System behandeln zu lassen. Die öffentlichen Konsultorien sind in Folge der Gesundheitsreform von 1981 den kommunalen Verwaltungen unterstellt und werden zu 20 % auch von diesen finanziert. Gerade für finanzschwache Kommunen stellt dies eine erhebliche Belastung dar, die nach Auffassung der Ärztekammer dazu führt, dass kaum ein öffentliches Konsultorium die in den Qualitätsvorgaben des Gesundheitsministeriums (*Ministerio de Salud*, MINSAL) vorgesehenen allgemeinmedizinischen Versorgungsleistungen erbringen kann. Ein Konsultorium übernimmt ohnehin nur eine medizinische Basisversorgung; bei Komplikationen, die eine spezielle Diagnostik wie die Erstellung eines Blutbildes oder einer Röntgenaufnahme erfordern, müssen die Patienten ein kostenpflichtiges Laboratorium aufsuchen, bevor die Behandlung im Konsultorium fortgesetzt werden kann. Wird eine stationäre Behandlung unumgänglich, erfolgt die Überweisung an eine öffentliche Klinik, in der ebenfalls – zumindest prinzipiell – eine kostenlose Basisversorgung gewährleistet ist. Die Versorgung weist dabei erhebliche qualitative Mängel in Form von Überbelegung der Krankenzimmer, langen Wartezeiten, schlechtem Essen, überarbeitetem medizinischem und pflegerischem Personal, vorschnellen Entlassungen etc. auf. Armut erzeugt durch belastende Wohnverhältnisse und ungesunde Erwerbsarbeiten nicht nur ein erhöhtes Krankheitsrisiko, sondern setzt die Betroffenen im Krankheitsfall schlechteren Versorgungsleistungen aus, was im Laufe der Lebensjahre wiederum zu erhöhten chronischen Leiden kumuliert (Larrañaga 2005, Universidad Católica 2004).

Wie die hier exemplarisch benannten sozialpolitischen Aspekte zeigen, sind die Sozialversicherungssysteme im Kern auf die Kompensation sozialer Risiken der kaufkräftigen Ober- und Mittelschichtsangehörigen und weniger auf die der Armutsgruppen hin konzipiert. Dies stellt kein neues Phänomen in der chilenischen Sozialpolitik dar (vgl. dazu ausführlich Arellano 1985), es wurde jedoch im Zuge der Wiedergewinnung der Demokratie nicht grundlegend korrigiert.

Die Assoziativität der Volkssektoren am Beispiel der *Población* José María Caro

Methodologische Ausgangspunkte

Der bislang verwendete Armutsbegriff impliziert die Problematik, dass er komplexe soziale Lagen auf quantitativ messbare ökonomische Aspekte reduziert⁴ und die von Armut betroffene Bevölkerung in erster Linie unter einer Defizitperspektive betrachtet. Eine Annäherung an das Phänomen Armut kann aber auch anders gelingen: Sieht man eine als arm klassifizierte Person als Akteur, dann rücken ihre Fähigkeiten und Potentiale in den Mittelpunkt. Die Aufmerksamkeit

richtet sich dann auf eine bestimmte soziale Wirklichkeit, aus der heraus die Betroffenen individuelle und kollektive Fähigkeiten einsetzen, um innerhalb erschwerter Bedingungen ihre Lebenslagen zu sichern.

Vor diesem Hintergrund orientierte sich meine hier vorgestellte Untersuchung methodologisch an den Perspektiven der modernen Kulturanthropologie, wie sie beispielsweise von Norbert Elias (1994, 1998) und Pierre Bourdieu (1968, 1982) entwickelt wurde. Kultur versteht sich in diesem Kontext als geschichtlich übermittelter Komplex von Bedeutungen und Vorstellungen in symbolischer Form, die es den Subjekten ermöglichen, ihr Wissen über das Leben und ihre Einstellung zur Welt einander mitzuteilen, dieses Wissen zu bewahren und weiterzuentwickeln. Erst durch diesen kulturellen Prozess erlangen die Erfahrungen der Einzelnen geschichtliche Bedeutung. Die mitgeteilten Erfahrungen der Subjekte eröffnen eine vertiefte Möglichkeit des Verstehens von Kultur (Geertz 1973, Morin 1990). Dabei wurde in der Studie die Frage nach dem Selbstorganisationspotential der sozialen Akteure in den Mittelpunkt gestellt. Die Theorie der sozialen Selbstorganisation (für Lateinamerika: Zemelman 1998) bietet eine Möglichkeit, gesellschaftliche Entwicklungen dialektisch, das heißt nichtdeterministisch zu erfassen: Subjekte erscheinen zwar eingebunden in gesellschaftliche Situationen, sind aber zugleich Träger sozialen Wandels (vgl. Flock 2005).

Um eine solche Fragestellung methodisch zu operationalisieren, fanden die Konzepte „soziale Vulnerabilität“ und „Aktiva“ Verwendung. Unter Vulnerabilität versteht man ein vielschichtiges Phänomen innerhalb einer konkreten Situation, die sich in Folge gesellschaftlicher Wandlungsprozesse großen Ausmaßes (Modernisierungsschübe) einstellt, gleichzeitig mit Risiko und relativer Schutzlosigkeit verbunden ist und die Betroffenen in verstärktem Maße herausfordert, Ressourcen zu aktivieren, um zu verhindern, dass ihr Lebensstandard noch weiter absinkt. Eine Zeit lang bezogen sich Konzepte wie „soziale Vulnerabilität“ oder „vulnerable Gruppen“ in der lateinamerikanischen Forschung nahezu ausschließlich auf die als arm geltenden Bevölkerungssektoren. Vor dem Hintergrund der Auswirkungen der Strukturanpassungsmaßnahmen in den 1980er Jahren setzte sich demgegenüber die Sichtweise durch, dass Vulnerabilität prinzipiell weitere Teile der Bevölkerung, also auch die Mittelschichten betrifft (vgl. CEPAL 1998, 2000, 2001; Pizarro 1999).

Vulnerabilität steht in einem direkten Zusammenhang mit der Anzahl und der Qualität von Ressourcen oder Aktiva, die die Individuen, Familien oder Haushalte zum Zeitpunkt einer einsetzenden Veränderung kontrollieren. Eine solche Begrifflichkeit von Aktiva findet sich beispielsweise in der viel beachteten Weltbank-Studie von Caroline Moser (1996). Während Moser (ebd.) mit dem einfachen Begriffspaar Aktiva/Vulnerabilität operiert, verwendet Ruben Kaztman (1999: 31ff) für Uruguay die überzeugendere analytische Achse Aktiva/Vulnera-

bilität/Chancenstruktur, um der Tatsache Rechnung zu tragen, dass Aktiva keine eindeutige Bedeutung aufweisen, wenn sie nicht in Zusammenhang gebracht werden mit konkreten Chancenstrukturen, die vom Markt, dem Staat oder der Gesellschaft generiert werden. Mit anderen Worten: Die Chancenstrukturen und die Mobilisierung von Aktiva ressourcenschwacher Haushalte können nur verstanden werden, wenn man die historisch gegebenen Makrobedingungen, d.h. die allgemeinen Produktions- und Reproduktionsmechanismen von Aktiva, in die Analyse mit einbezieht und sich nicht allein auf die spezielle Logik eines Haushaltes beschränkt. Andererseits gilt es, die spezifische Rationalität der Akteure in Form bestimmter habitueller Grundmuster zu erfassen. Dadurch wird es auch leichter, nach den aktiven Aneignungs- und Inkorporationsleistungen der sozialen Akteure zu fragen und zu sehen, warum Ressourcen nicht effektiv eingesetzt bzw. Aktiva nicht akkumuliert werden können.

Meine Studie war daher qualitativ bzw. stark ethnographisch angelegt. Für das Verständnis des alltagskulturellen Kontextes war es dabei sehr hilfreich, unmittelbar im Untersuchungsfeld wohnen zu können. Die vierwöchige Feldforschungsphase fand im Anschluss an mehrere vorangegangene Feldkontakte (Oktober 1998 und Januar 1999) im September 1999 statt. Im Oktober 2003 schloss sich ein letzter Feldkontakt an, in dessen Rahmen die Untersuchungsergebnisse mit einigen der Interviewpartner/innen auf der Grundlage eines sprachlich angepassten Forschungsberichtes besprochen wurden. Im Laufe der Feldforschungsphase entstanden Beobachtungsprotokolle sowie Notizen in Tagebuchform. Kombiniert wurden die Beobachtungen mit Informationen aus 15 je ein- bis anderthalbstündigen semi-strukturierten Interviews. Durch inhaltsanalytische Aufbereitung der so gewonnenen Daten (vgl. dazu ausführlich Flock 2003: 102ff) entstanden kontextualisierte Einheiten, die eine analytische Basis für die folgende Darstellung der zentralen Untersuchungsergebnisse bildeten.

Empirische Befunde:

Armut – soziale Vulnerabilität – Aktiva – Chancenstrukturen

Die Untersuchung konzentrierte sich auf den Wohnsektor E der *población* José María Caro. Diese *población* entstand ab 1959 im Rahmen staatlicher Wohnungsbauprogramme. Heute gehört die José María Caro (insgesamt 80.000 Einwohner/innen) administrativ zu Lo Espejo, einer der ärmsten Kommunen im Großraum Santiago (PNUD-Chile 2000b). Der Sektor E ist im südlichen Teil der Stadt gelegen; bis zum Stadtzentrum sind es etwa 8 km bzw. 25 Busminuten. Im Sektor leben etwa 10.000 Menschen auf einer Fläche von nur 0,320 km² (600 x 550 m).

Die Auswahl des Untersuchungsgebietes erfolgte nicht zufällig, sondern entsprach dem Wunsch des *Fondo de Solidaridad e Inversión Social* (FOSIS), einer

staatlichen Institution, die internationale Fördergelder in Projekte der Armutsbekämpfung kanalisiert. FOSIS wählte den Sektor vor allem wegen der hohen Einkommensarmut (über 40 %), einer offenen Erwerbslosigkeit von über 30 % sowie der massiven Verbreitung der Droge *pasta base*⁵ (IRAL-FOSIS 1998; INE 1998; CONACE 2001) als einen Schwerpunkt der Armutsbekämpfung im Großraum Santiago aus. Das durch meine Studie gewonnene Datenmaterial gab FOSIS spezielle Aufschlüsse über die sozialstrukturellen Bedingungen der Durchführung von Gemeinwesenprojekten im Untersuchungsgebiet.

Die eingangs formulierte These, wonach das Selbstorganisationspotential der lokalen Akteure in entscheidendem Maße erodiert ist und auf Seiten staatlicher wie kommunaler Entwicklungsplanungen angemessene Konzeptionen nicht existieren, soll nun anhand zentraler Befunde dieser Studie belegt werden. Beachtung finden sollen hier vor allem die sozialen Folgen gesellschaftlicher Wandlungsprozesse sowie die Ressourcen, die die Akteure einsetzen bzw. aktivieren, um darauf zu reagieren. Wenn sich auch die Befunde auf die spezifische Situation einer bestimmten *población* beziehen und nicht in direkter Weise auf andere *poblaciones* übertragbar sind⁶, so zeigen sie doch typische soziokulturelle Verhältnisse und habituelle Muster der lokalen Akteure auf, wie sie sich heute in den urbanen Volkssektoren Chiles generell beobachten lassen.

Befund: Im Untersuchungsgebiet hat ein Verfall öffentlicher Räume eingesetzt; dieser geht maßgeblich auf die gestiegene Drogenbeschaffungskriminalität zurück.

„Wir haben unser Haus gut abgesichert – mit einer Mauer, oben drauf Glasscherben, damit die Leute da nicht drüber können“ (Don Leandro, 64 Jahre, Rentner, Mitglied im Vorstand einer Nachbarschaftsvereinigung).

Die Bewohner/innen der José María Caro erleben die infrastrukturelle Ausstattung ihres Viertels als völlig unzureichend. Im Sektor E wurde nur etwa die Hälfte der Wohnhäuser in einen baulich solideren Zustand gebracht. Die Menschen leiden unter der hohen Bevölkerungsdichte bzw. der Überbelegung der Wohneinheiten, die durch das Problem des *allegamiento* verschärft wird.⁷ Darüber hinaus verwahrlosen die öffentlichen Räume des Viertels und verlieren ihre gemeinschaftsbildende Funktion. Bedingt durch die als bedrohlich erlebte Beschaffungskriminalität im Zusammenhang mit der Droge *pasta base* hat ein Rückzug ins Private eingesetzt. *Pasta base* hat sich innerhalb der letzten 15 Jahren in ganz Chile vor allem in den *poblaciones* explosionsartig verbreitet.

Symptomatisch für den Rückzug aus der Öffentlichkeit sind die relativ neuartigen Absicherungen der Wohnhäuser durch hohe Gitterzäune. Interessanterweise belegen sowohl das eigene Datenmaterial wie auch verschiedene andere Studien (vgl. Cooper Mayr 2000), dass sich Kriminalität, wenn sie durch Mitglieder

der Volkssektoren verübt wird, in ihrer allgemeinen, nicht drogen-bezogenen Form vorwiegend außerhalb des Lebensumfeldes der Täter vollzieht und folglich nicht als ein bedrohliches Problem des Viertels erlebt wird.

Befund: Frauen messen dem lokalen Raum einen höheren Gebrauchswert zu als Männer.

„Wir sind zu Hause, den ganzen Tag. Wir bekommen mit, was in unserem sozialen Umfeld so läuft. Der Mann geht morgens aus dem Haus zur Arbeit und kommt abends wieder“ (Graciela, 53 Jahren, verheiratet, zwei Kinder).

Im Untersuchungsgebiet üben Frauen wichtige soziale Funktionen aus – sowohl was die reproduktive Arbeit innerhalb des Familienverbandes als auch den erweiterten sozialen Kontext anbelangt. Frauen knüpfen nachbarschaftliche Netze und sind überproportional in den lokalen Organisationen aktiv. Allerdings zeigt die Untersuchung Anzeichen dafür, dass Frauen sich in immer stärkerem Maße, vor allem aufgrund der erlebten Gefährdung durch die Drogenbeschaffungskriminalität, aus den öffentlichen Räumen des Viertels zurückziehen. Die infolge der Auflösung des fordistischen Produktionsregimes hohe Erwerbslosigkeit unter der männlichen Bevölkerung führt zudem dazu, dass sich die Frauen in zunehmendem Maße gezwungen sehen, (prekäre) Arbeitsverhältnisse außerhalb der Kommune anzunehmen (vgl. Riffo Pérez 2004), d.h. einen Großteil des Tages außer Hauses zu verbringen. Gleichzeitig aber halten sie am Bild des männlichen Ernährers fest (vgl. Valdés & Benavente 1999).

Im Kontext der geschlechtsspezifischen Wahrnehmung des lokalen Handlungsraumes fällt weiterhin auf, dass die in den sozialen Organisationen engagierten Frauen z.T. sehr optimistisch formulieren, den Kampf gegen „die Droge“ aufnehmen zu wollen, während eine Reihe männlicher Bewohner das Drogenproblem primär mit staatlichen Herrschaftsinteressen in Verbindung bringen: Die gesellschaftliche Kontrolle über das Viertel erfolge heute nicht mehr durch direkte militärische oder polizeiliche Repressionsmaßnahmen, sondern in hohem Maße durch bewusstes In-Kauf-Nehmen des Drogenkonsums und der damit verbundenen sozialen Verelendungsprozesse seitens des demokratischen Staates und seiner Institutionen. Tatsächlich gibt es einen zeitlichen Zusammenhang zwischen der Demokratisierung nach 1990 und der Ausbreitung der *pasta base* in den Volkssektoren.

Befund: Die mit dem Ende des chilenischen Wachstumsmodells verbundene Beschäftigungskrise bringt die lokale Bevölkerung wieder in verstärktem Maße in eine Abhängigkeit zu öffentlichen Beschäftigungsprogrammen.

„Die Stadtverwaltung bietet jetzt Arbeit an, ich glaube, die zahlen 90.000. Und da muss man das gleiche machen wie damals bei den Programmen der Diktatur. Da

hab ich für einen Hungerlohn gearbeitet; da habe ich Häuser und Zäune angestrichen oder sauber gemacht. Und jetzt geht das wieder los“ (Olivia, 71 Jahre, getrennt lebend, sieben Kinder, mehrere Enkel).

Beschleunigt durch die so genannte Asienkrise ist es in Chile seit etwa 1997 zu einem dramatischen Einbruch auf dem Arbeitsmarkt gekommen, was innerhalb der Volkssektoren das Ausmaß an Einkommensarmut signifikant erhöht hat. Betroffen sind vor allem alte Menschen, kinderreiche Familien und allein erziehende Frauen. Auffällig ist zudem eine Überschuldung vieler Haushalte. Durch die Krise hat sich die Verantwortung für das finanzielle Auskommen eines Haushaltes tendenziell auf alle Haushaltsmitglieder, also auch auf die Alten und die Kinder ausgedehnt.

Bei der Überwindung dieser Krisensituation kommt der Verwendung von Arbeitskraft eine herausgehobene Bedeutung zu. Vor diesem Hintergrund entwickelten sich spezifische Formen der lokalen Ökonomie, die ihren sichtbarsten Ausdruck im nahe gelegenen Großmarkt Lo Valledor sowie den verschiedenen Wochenmärkten des Viertels finden. Einige Bewohner haben sich als registrierte Marktbesucher etablieren können; sie erwirtschaften – unter Einsatz relativ geringer Produktionsmittel, aber mittels großer körperlicher Anstrengungen – bescheidene, jedoch als „ausreichend“ eingestufte Einkünfte. Andere Bewohner nutzen die lokalen Märkte zum Verkauf einfacher, eigenproduzierter Güter oder Haushaltsgegenstände. Diese Strategien können keineswegs als neu gelten, denn die Mitglieder der chilenischen Volkssektoren haben sie bereits über Generationen hinweg eingeübt. Allerdings wird im Viertel im Vergleich zu den frühen 1990er Jahren auch wieder mehr gebettelt.

Zudem gerät die aktive Bevölkerung zunehmend wieder in eine Abhängigkeit zu den kommunalen Minimalbeschäftigungsprogrammen (zu umgerechnet 158,00 € pro Monat). Zwar fanden solche marktunabhängig organisierten Programme bereits während der Militärdiktatur in den 1980er Jahren statt, doch sind sie heute stark reduziert, sowohl bzgl. des zahlenmäßigen Angebots an Beschäftigungsplätzen als auch des zeitlichen Umfangs (drei Monate); Rechtsansprüche und transparente Vergabekriterien existieren nicht. Dadurch sehen sich die Arbeitssuchenden gezwungen, gegenüber der Stadtverwaltung als Bittsteller aufzutreten und empfinden die Beschäftigungsprogramme als staatliches Repressionsinstrument.

Befund: Es zeichnen sich Veränderungen in der Haushaltskultur der Familien ab.

„Nein, es gibt keine Arbeit. Und außerdem wird alles immer teurer. Vorher konnte ich mit 15.000 Pesos einiges einkaufen: 5 kg Zucker, 2 Liter Öl, einige andere wichtige Sachen. Bueno, wenn mein Mann Geld kriegt, dann kaufen wir auf Vorrat. Ich kaufe für zwei Wochen. Aber Luxus können wir uns davon nicht leisten.“

Wenn ich kann, dann kaufe ich manchmal Milch für meine Kinder, denn die müssen Milch trinken. Aber das ist schwer, ich kaufe ganz selten Margarine oder Aufschnitt“ (Sara, 37 Jahre, verheiratet, Mutter von zwei Kindern, Vorsitzende einer Nachbarschaftsvereinigung).

In Reaktion auf die ökonomische Krise haben einige Familien eine strenge Haushaltsführung bzw. eine sehr rationale Planung des Einsatzes zur Verfügung stehender Ressourcen – vor allem Geld und Zeit – begonnen: Sie kaufen nicht mehr eher spontan in den *almacenes* – den kleinen Lebensmittelläden des Viertels – ein, sondern zunehmend in großen Supermärkten außerhalb des Viertels. Dadurch verlieren die *almacenes* ihre Bedeutung als lokale Kommunikationsräume. Zudem bringt die Vorratshaltung die Notwendigkeit der Abgrenzung gegenüber bedürftigen Nachbarn mit sich, um nicht selbst in Knappheit zu geraten. Dem wirkt gleichwohl ein nach wie vor starker sozialer Kodex des solidarischen Teilens entgegen (vgl. Martínez & Palacios 1996).

Befund: Bildung ist Hoffnung auf eine bessere Zukunft, auch wenn die Selektions- und Exklusionsmechanismen des Bildungssystems deutlich erkannt werden.

„Es ist immer wichtig, eine Ausbildung zu haben, etwas zu lernen, einen Beruf zu erlernen. Aber hier gibt es auch viele Jugendliche, die haben sehr viele Ausbildungen gemacht und Titel gesammelt, aber nachher stehen sie da. Die finden dann trotzdem keine Arbeit“ (Javier, 41 Jahre, Zimmermann, Vater von zehn Kindern, erwerbslos).

In Bezug auf die strategische Planung sozialer Aufstiegschancen messen die Bewohner/innen des Untersuchungsgebietes dem Faktor Bildung durchgängig eine große Bedeutung zu. Formale Bildungsabschlüsse gelten nach wie vor als grundlegende Ressource für die Überwindung gesellschaftlicher Exklusion bzw. als Voraussetzung für soziale Mobilität. Daher unternimmt die Erwachsenenbevölkerung große Anstrengungen, um der jungen Generation möglichst gute Bedingungen zu ermöglichen. Auffällig ist dabei das große Engagement von Müttern für ihre Töchter. Gleichzeitig aber sind sich die Bewohner/innen der José María Caro bewusst, dass die Qualität der ihnen zugänglichen öffentlichen Bildungsangebote weit hinter der des privaten Systems zurückbleibt und dadurch ihre Wettbewerbschancen, vor allem im Kampf um Arbeitsplätze, strukturell stark gemindert sind (vgl. Romaguera & Mizala 1999; Núñez & Millán 2002). Der zeitweilige Erfolg des neoliberalen Modells hat im chilenischen Bildungswesen also zu einer strukturellen Behinderung von Erfolg für die Volkssektoren geführt, ein Umstand, der sich durch die Krise des Modells verschärft. Daraus resultiert eine manifeste Enttäuschung der Volkssektoren bzgl. der innerhalb der neuen Demokratie strukturell nicht aufgelösten Ungleichheitsverhältnisse.

Befund: Die sozialen Beziehungen der lokalen Bevölkerung beschränken sich zunehmend auf familiale und nachbarschaftliche Kontakte.

„Meine Tochter hat dieses Ölbild gemalt... Wenn sie nicht gesehen hätte, was man malen kann, dann hätte sie sich dafür auch nicht interessiert... Jetzt spielt sie Basketball, weil sie mal einen Basketballer kennen gelernt hat. Und die Kinder, die nichts Neues kennen lernen? Hier gibt es Kinder, die nie etwas Neues sehen“ (Ernesto, 50 Jahre, Parkwächter, Vater von sechs Kindern).

Die Menschen der José María Caro, insbesondere die Mitglieder der Gründergeneration und der zweiten Generation, identifizieren sich in hohem Maße mit ihrem Viertel, wobei sie sich, in Abgrenzung zu anderen gesellschaftlichen Gruppen, durchgängig als *pobladores* und „Arme“ definieren. Die generell positive emotionale Bindung an die José María Caro kann als wichtige soziale Ressource im Sinne der Herausbildung kollektiver Handlungsstrukturen angesehen werden, wenngleich junge Leute häufiger als die älteren vorhaben, das Viertel auf der Suche nach „besseren“ Lebensbedingungen zu verlassen. Maßgeblich bestimmt wird die Bindung an den Sozialraum durch die Zugehörigkeit zu familialen und kontinuierlich gewachsenen nachbarschaftlichen Strukturen; sie wird auch sprachlich reproduziert: „meine *caro*“, „mein Viertel“, „unsere *población*“ usw.

Nach wie vor übt der Familienverband in den Volksektoren zentrale soziale Funktionen aus, nicht zuletzt aufgrund des eingeschränkten Zugangs zu institutionalisierten außerfamilialen Sozialisationsinstanzen sowie den wenig versprechenden sozialstaatlichen Sicherungssystemen. Modernisierungsprozesse erzeugen indes neue Mobilitätswänge bzw. fördern die Auflösung von Traditionen oder die Pluralisierung von Lebensstilen, was sich u.a. auch in veränderten familialen Formen ausdrückt. Trotz derartiger Veränderungen zählt das Wort der Alten noch viel, existieren faktisch vielgestaltige Unterstützungsleistungen, speziell was die Betreuung der Kinder durch die weiblichen Familienangehörigen anbelangt.

Demgegenüber hat sich die Konstruktion außerfamilialer Netzwerke hauptsächlich auf unmittelbare nachbarschaftliche Zusammenhänge reduziert; Beziehungen sowohl zu Personen in anderen Sektoren der Kommune als auch in anderen Stadtteilen sind eher schwach ausgeprägt (vgl. Espinoza 1999), was den Prozess der kulturellen Exklusion weiter verstärkt.

Befund: Die neoliberal orientierte Staatsführung hat im Zuge ihrer politisch-administrativen Dezentalisierungsmaßnahmen die Herausbildung lokaler Akteure eher erschwert denn befördert.

„Auch wenn es keiner zugeben will, politische Kontakte sind ganz wichtig. So läuft das in Chile. Wenn du keine Kontakte hast, passiert gar nichts. Du sitzt jemandem von der Stadtverwaltung gegenüber, und der sagt dir: ‘Ja, lassen Sie mir

Ihre Telefonnummer da, wir rufen zurück.' Aber es passiert nichts“ (Julia, 40 Jahre, Wachfrau, Mutter von vier Kindern, Mitglied im Vorstand einer Nachbarschaftsvereinigung).

Innerhalb des fordistischen Produktionssystems richteten die chilenischen Volksektoren ihre sozialen Forderungen über Jahrzehnte hinweg in erster Linie an den Staat und seine Institutionen; vor diesem Hintergrund kann die Urbanisierung der José María Caro verstanden werden (CIDU 1967; Garcés 2002). Dies stellt sich heute anders dar: Im Untersuchungsgebiet geht die Bevölkerung zwar nach wie vor von zentralen Verantwortlichkeiten der Staatsregierung aus, spricht ihr jedoch gleichzeitig Handlungskompetenzen für die Lösung lokaler Problemlagen ab, da sie deutlich wahrnimmt, dass die Politik der Staatsregierung weniger auf binnengesellschaftliche Prozesse als auf außenwirtschaftliche Felder fokussiert. An die Stelle der Staatsregierung tritt infolge der in den 1980er Jahren eingeleiteten Dezentralisierungsprozesse die Stadtverwaltung. Diese jedoch verweist mit einer gewissen Plausibilität auf ihre begrenzten finanziellen, personellen und politischen Handlungsspielräume.

Bzgl. der Herausbildung lokaler Akteure zeigt sich hier ein struktureller Widerspruch: Während die institutionsnah agierenden Organisationen wie die Nachbarschaftsvereinigungen, Mütterzentren oder Elternpflegschaften an Schulen (also gesetzlich verankerte Repräsentationsorgane) in sehr einengender Weise an die kommunalpolitischen Instanzen und Handlungsrahmen gebunden sind, leiden die institutionsfern agierenden Projekte, Initiativen oder Aktionsgruppen wiederum darunter, von so gut wie jeder Form der institutionalisierten Unterstützung abgeschnitten zu sein; sie werden weder durch den Staat oder die Kommune anerkannt bzw. gefördert, noch können sie in der Regel Verbindungen zu einem unterstützenden Netzwerk (z.B. zu einer Nichtregierungsorganisation, NGO) aufweisen. Gemeinsam ist institutionsnahen wie institutionsfernen Organisationsformen, dass sich in ihnen hochgradig engagierte soziale Akteure bilden. Diese jedoch werden an der Intensivierung ihrer Aktivitäten gehindert, was in jedem Fall die aktive Beteiligung größerer Bevölkerungsteile erschwert. Vor diesem Hintergrund zeigt sich die demokratisierungstheoretische Formel „Soziale Entwicklung durch Partizipation“ als ideologische Verschleierung der wirklichen Verhältnisse (vgl. Salazar & Benítez 1998).

Dem entspricht eine durchweg skeptische Haltung gegenüber den politischen Parteien seitens der untersuchten Bevölkerung. Die linke, parteipolitisch organisierte Opposition – gegenwärtig zusammengesetzt aus der *Partido Comunista* (PPCh), der *Partido Humanista* (PH) sowie kleineren Gruppierungen – ist aufgrund des binominalen Wahlsystems nicht nur von der nationalen, sondern auch von der institutionellen Kommunalpolitik praktisch ausgeschlossen; sie hat somit keine Chance, ihre lokalen Lösungskompetenzen unter Beweis zu stellen.

Zwar haben rechtspopulistische Diskurse der *Unión Demócrata Independiente* (UDI) bzw. des rechten Parteienbündnisses *Alianza Por Chile* auch innerhalb des Untersuchungsgebietes nachhaltig an Einfluss gewonnen, doch wird in der José María Caro immer noch mehrheitlich und sogar überproportional demokratisch gewählt. Im zweiten Wahlgang der letzten Präsidentschaftswahlen (Dezember 2005) stimmten in Lo Espejo 60,48 % für die demokratische Kandidatin Michelle Bachelet Jeria und 39,51 % für den Kandidaten der Rechten Sebastián Piñera Echeñique (landesweit: 53,49 % gegenüber 46,50 %). Dieser Trend zeigt sich auch in anderen als arm klassifizierten Kommunen des Großraums Santiago. Das Problem der sich ausweitenden Rechten stellt sich in erster Linie in den sozial bedrohten Mittelschichten sowie in den wertkonservativ bis autoritär geprägten Oberschichten (vgl. Flock 2003: 348ff). Prognosen über langfristige Entwicklungen sind jedoch auf der Grundlage des Datenmaterials nicht möglich.

In dem Maße, wie die politischen Institutionen in der Wahrnehmung der untersuchten Bevölkerung versagen, steigt die Bedeutung der Massenmedien. Auch wenn ich diesen Umstand nicht umfassend untersuchen konnte, so deutet sich doch an, dass die Massenmedien als wirksame Kanäle gesehen werden, um sozialen Forderungen öffentlich Geltung zu verschaffen und ihnen damit gegenüber den politischen Entscheidungsträgern Nachdruck zu verleihen. Dabei spielt die politische Ausrichtung der jeweiligen Medien kaum eine Rolle. Beispiele sind die Besetzung einer kommunalen Schule durch die Eltern der Schulkinder mit dem Ziel, auf die katastrophalen baulichen Bedingungen aufmerksam zu machen, oder die Versuche einer engagierten Familie, den Zusammenhang von Einkommensarmut und Drogenkonsum bei Kindern im Fernsehen zu skandalisieren.

Befund: Die sozialen Organisationen beschränken sich auf lokale Themen; der kommunikative Austausch der lokalen Akteure mit anderen gesellschaftlichen Gruppen ist abgerissen.

„Aber Du weißt ja, als dieser Präsident Frei an die Macht kam, da ist er durch die ganze Welt gereist und hat erzählt, dass Chile jetzt wirtschaftlich gesund ist. Und dann kam zuerst ein Brief aus Holland, und da stand drin: ‘Danke für die gute Arbeit, die Ihr in der Poliklinik geleistet habt, und jetzt geht es Chile besser, wir wünschen Euch alles Gute.’ Jetzt nennt sich Chile ja der ‘Jaguar Lateinamerikas’. Dann kam die Reaktion aus Europa: ‘Junge Freunde, Ihr braucht jetzt also keine Hilfe mehr’“ (José, 40 Jahre, Buchhändler, Koordinator einer Selbsthilfegruppe Alkohol- u. Drogensucht).

Die im Untersuchungsgebiet identifizierten sozialen Organisationen weisen über die pragmatische Nutzung der Massenmedien hinaus keinerlei sichtbare organisatorische Verbindungen zu den wenigen unabhängigen Massenmedien auf, die nach 1990 überleben konnten. Ebenso wenig existieren eigene autonom verwal-

tete Kommunikationsmittel wie Lokalradios oder Stadtteilzeitungen. In diesem Zusammenhang wirkt sich die nachlassende Präsenz von Gewerkschaften oder (internationalen) NGOs in den chilenischen Volkssektoren negativ aus. Auch die katholische Kirche leistet nicht mehr den handlungsstrukturierenden Beitrag, den sie während der Militärdiktatur aufbrachte und der in vielen Fällen sicherstellte, dass die Anliegen der *pobladores* auf eine gesamtgesellschaftliche Ebene transportiert wurden (Castillo 1991); evangelikale Gemeinden, die nicht nur im Untersuchungsgebiet einen hohen Zulauf haben, stellen sich dieser Aufgabe bislang nicht (Parker 1997).

Vor diesem Hintergrund sind die Identitätsbildungsprozesse der lokalen Akteure strukturell eingeschränkt. Diskursive Gemeinschaften, in deren Rahmen die lokal erfahrenen sozialen Prozesse im Kontext eines gesamtgesellschaftlichen Bedeutungszusammenhangs thematisiert werden könnten, existieren nicht mehr. Diese spezielle Form der Exklusion der Volkssektoren behindert im Kern das Potential der untersuchten Bevölkerung, ihre politischen Erfahrungen historisch selbstbewusst zu deuten: Zwar sind die durchaus kollektiven Erinnerungen an Repression und an die damit zusammenhängenden Kämpfe zur Überwindung der Diktatur sehr lebendig, doch spielen sie im Deutungsmodus der herrschenden politischen wie wissenschaftlichen Diskurse keine prägnante Rolle. In diesem Sinne bedeutet der Erfolg des Modells Chile den sicheren Ausschluss der Volkssektoren aus der Wahrnehmung in Politik und Wissenschaft.

Grenzen staatlichen Handelns

Die in Chile, wie auch in anderen lateinamerikanischen Gesellschaften, intensiv geführte Debatte, ob in den Volkssektoren das Potential zu einer spezifischen Volkskultur (*cultura popular*) mit einer eigenen Geschichtsmächtigkeit angelegt ist, kann hier nicht nachgezeichnet werden (vgl. dazu Flock 2003: 60ff). Jedoch zeigen meine Befunde, dass das Selbstorganisationspotential als nachhaltig erodiert angesehen werden muss (vgl. Sur 1998; Salazar 2001): Erinnerungsarbeit und die Suche nach politischen Auswegen aus der Misere beschränken sich auf diskursive Zusammenhänge innerhalb des Viertels. Dennoch lässt sich feststellen, dass in der Alltagskultur der untersuchten Bevölkerung wichtige Ressourcen für die Entfaltung eines Selbstorganisationspotentials eingelagert sind. Neben den im privaten Umfeld entstehenden Selbsthilfeinitiativen (Frauentreffs oder verschiedenartig engagierte Jugendcliquen) gibt es innerhalb des Untersuchungsgebietes vermutlich weitere kollektiv getragene, aber schwach institutionalisierte und daher bislang „unsichtbar“ bleibende Initiativen. Doch ist die gesellschaftlich-räumliche Distanz zu wirkmächtigen sozialen Bewegungen, deren soziale Basis in anderen Milieus (Universitäten oder NGOs) liegt, im chilenischen Neoliberalismus sehr groß geworden.

Infolge der spaltenden Funktion des Neoliberalismus bleiben die Akteure segregierter Armutsgebiete ihrem Schicksal überlassen. Gleichzeitig fordert die überdeutliche soziale Misere, das Fortbestehen scharfer sozialer Ungleichheiten und hoher Armutsraten, den chilenischen Staat, die gesamte politische Klasse und die ihr nahe stehenden Intellektuellen zu neuen Regulationsmodi heraus. In Anlehnung an neoinstitutionalistische Ansätze des „aktivierenden“ Staates rückte so die „selbstverantwortliche Zivilgesellschaft“ in den Mittelpunkt politischer und wissenschaftlicher Diskurse. Den ideologischen Gehalt derartiger Ansätze hat meine Untersuchung deutlich aufgezeigt. Dergestalt hat die neoliberale Politik, während sie einerseits teilweise erfolgreich bei der Verringerung der absoluten Armut war, die Spaltung der chilenischen Gesellschaft nicht nur ökonomisch, sondern auch politisch vertieft. Durch ihren Fokus auf außenwirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit und die Regulationsmechanismen des kapitalistischen Marktes erodiert sie zudem die Potentiale der Selbstorganisation in den Volkssektoren. Sie erweist sich damit als unfähig, das Problem der Armut zu lösen.

Sofern sozialpolitische Interventionen Sinn machen sollen, müssten sie sich neu orientieren – in dem Sinne, dass die angesprochenen „zivilgesellschaftlichen Akteure“ im Rahmen von Ausbildungskursen intensiv auf ihre Rolle als Projektträger/innen vorbereitet würden. Ein solches Vorgehen würde Zeit sowie den Mut erfordern, ergebnisoffene Prozesse innerhalb der *poblaciones* zu initiieren und die Ausbildung eigensinniger, unter Umständen auch widerständiger Multiplikator/inn/en in Kauf zu nehmen. Dies bedarf des politischen Willens, die *pobladores* und *pobladoras* als Subjekte eines äußerst komplexen sozialen Entwicklungsprozesses zu begreifen – und zwar innerhalb einer stark kapitalistisch durchdrungenen Gesellschaft, die in hohem Maße durch konfliktintensiven Wettbewerb, sprich: durch eine scharfe Konkurrenz der Volkssektoren zu anderen gesellschaftlichen Gruppen im Kampf um materielle, kulturelle und soziale Ressourcen gekennzeichnet ist.

Anmerkungen

- 1 Einen Sonderfall stellt dabei die Landbevölkerung dar; aufgrund der niedrigeren Lebenshaltungskosten wurde hier die Armutsgrenze bei dem 1,75-fachen des Basiswarenkorbcs definiert.
- 2 „Volkssektoren“ dient hier als Übersetzung des in Lateinamerika verwendeten Begriffs der „sectores populares“. Der Terminus „popular“ – entstanden aus lat. *popularis*: „auf das Volk bezüglich, vom Volk“, etymologisch zusammenhängend mit „pueblo“ („Volk“) – dient verschiedenen sozialwissenschaftlichen Theoriebildungen bzw. politischen Diskursen als Referenzkonzept; er geht u.a. von der Existenz einer spezifischen Volkskultur (*cultura popular*) aus, die strukturell im Konflikt steht zur kapitalistischen, modernisierungsorientierten Leitkultur.
- 3 Zugrunde gelegt wurde das Gesamteinkommen der Haushalte (*ingresos monetarios*), also die Summe aus Erwerbseinkommen, Renten, Kapitaleinkommen (*ingresos autónomos*) sowie möglichen Sozialeinkommen.

- 4 Erst in den letzten Jahren kommen in Chile Versuche auf, Armut mindestens als relative Armut bzw. anhand des verfügbaren Äquivalenzeinkommens einzelner Haushaltseinheiten zu erfassen oder die Messungen gar an der Bestimmung von Lebenslagen auszurichten, indem soziokulturelle Indikatoren einfließen (vgl. Urmeneta 1995; Ruiz 2005).
- 5 *Pasta base* (umgangssprachlich für: *pasta básica de cocaína*): Droge, von ihrer Substanz her und in ihrer Wirkung vergleichbar mit Crack; besteht aus dem unveredelten Substrat der Coca-Blätter, das mit Säure (zumeist Schwefelsäure) und Alkalie zu einem gräulichen Pulver verarbeitet wird; eine Konsumeinheit kostet umgerechnet etwa einen Euro.
- 6 Die Gesamtheit der *poblaciones* umfasste im Großraum Santiago (*Región Metropolitana*) im Jahr 1993 insgesamt über 400.000 Wohneinheiten (Pet 1999a), so dass heute – bei einer wieder hohen Wohnraumbelegung (vgl. Arriaga u.a. 1999) – von etwa 3 Mio. dort lebenden Menschen ausgegangen werden muss.
- 7 In Chile werden Personen, die über kein eigenes Grundstück bzw. keinen eigenen Wohnraum verfügen und bei Freunden oder Familienangehörigen unterkommen, als *allegados* bezeichnet. Arriagada u.a. (1999) kommen im Rahmen einer Untersuchung im Großraum Santiago, bei der auch die Kommune Lo Espejo Berücksichtigung fand, zum Ergebnis, dass dort, wo ein *allegamiento* vorliegt, durchschnittlich 8,2 Personen auf einem Grundstück leben und 47 % der betroffenen Haushalte Einkünfte unterhalb der Armutsgrenze erzielen.

Literatur

- ARCIS (2000): *Desempleo Real y Reactivación Económica en Chile*. Workpaper. Santiago de Chile.
- Arellano, José Pablo (1985): *Políticas sociales y desarrollo. Chile 1924-1984*. CIEPLAN. Santiago de Chile.
- Arriagada, Camilo; Icaza, Ana María; Rodríguez, Alfredo (1999): *Allegamiento, pobreza y políticas públicas. Un estudio de domicilios complejos del Gran Santiago*. Temas Sociales, Nr. 25. Santiago de Chile.
- Bengoia, José (1995): *La pobreza de los modernos*. Temas Sociales, Nr. 3. Santiago de Chile.
- Bourdieu, Pierre (1968): „Structuralism and Theory of Sociological Knowledge“. In: *Social Research* 35, Nr. 4, New York, S. 681-706.
- Bourdieu, Pierre (1982): *Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft*. Frankfurt a.M. (1979).
- Bravo, David; Ramos, Joseph; Urzúa, Sergio (1999): *Las diferencias en desempleo: INE-Universidad de Chile*. Santiago de Chile.
- Castillo, Fernando (1991): „Modernización y evangelización“. In: *Tópicos 90*. Cuadernos de Estudio, Nr. 3, August, Centro Ecueménico Diego de Medellín CEDM, S. 77-87.
- CEPAL (1990): *Reconstrucción productiva con equidad*. Santiago de Chile.
- CEPAL (1998): *Panorama social de América Latina*. Santiago de Chile.
- CEPAL (2000): *Panorama social de América Latina*. Santiago de Chile.
- CEPAL (2001): *Estudio Económico de América Latina y el Caribe 1999-2000*. Santiago de Chile.
- CIDU (1967): *Reconocimiento y bases para un programa de desarrollo urbano. Sector Manuel Rodríguez*. Comité Interdisciplinario de Desarrollo Urbano, Universidad Católica de Chile, Bd. I-VII, Santiago de Chile.
- CONACE (2001): *InfoDrogas*. Consejo Nacional para el Control de Estupefacientes. Santiago de Chile, online: <http://www.conacedrogas.cl/inicio/index.php> (letzter Zugriff: 1. 2. 2005).
- Contraloría General de la República (1999): *Estados de la situación presupuestaria del sector public*. Santiago de Chile.
- Cooper Mayr, Doris (2000): „Violencia urbana: La economía informal alternativa ilegal del hampa y las pandillas poblacionales“. In: *Sociología Virtual*, Nr. 3, 12/2000, Universidad de Chile,

- Santiago de Chile, online: <http://www.angelfire.com/sc/sociologiavirtual/Numero3/Cooper2.html> (letzter Zugriff: 1. 2. 2005).
- Cuadra, Gustavo (1996): *Políticas sociales para los pobres: La Educación Básica descentralizada en Chile*. Sur, Documento de Trabajo, Nr. 161, Santiago de Chile.
- Elias, Norbert (1994): *Die Gesellschaft der Individuen*. 2. Aufl. Frankfurt a.M. (1987)
- Elias, Norbert (1998): *Über den Prozess der Zivilisation – Soziogenetische und psychogenetische Untersuchungen*. Bd. 1 u. 2, Basel, 22. Aufl. (1939).
- Espinoza, Vicente (1999): „Social Networks Among the Urban Poor: Inequality and Integration in a Latin American City“. In: Wellman, Barry (Hg.): *Networks in the Global Village. Life in Contemporary Communities*. Boulder, S. 147-184.
- Flock, Wigbert (2003): *Armut in Santiago de Chile. Eine Feldstudie zum Selbstorganisationspotential der Volkssektoren*. Münster.
- Flock, Wigbert (2005): „Pobreza y autoorganización en Santiago de Chile. Un estudio etnográfico en el barrio José María Caro“. In: *Revista Mexicana de Sociología*, Nr. 1/05, Universidad Nacional Autónoma de México (UNAM), México, S. 1-30.
- FNSP (1999): *Propuestas para la futura política social*. Fundación Nacional para la Superación de la Pobreza. Santiago de Chile.
- FOSIS (1999a): *Informe Final de evaluación de impacto territorial de programas FOSIS, Propuesta de metodología para la evaluación de impacto territorial FOSIS*. Santiago de Chile.
- FOSIS (1999b): *Informe de evaluación de impacto territorial de programas FOSIS*. Documento Nr. 1, Malleco Norte y Cachapoal. Santiago de Chile.
- FOSIS (2003): *Manejo Social del Riesgo: Enfoque orientador de la intervención del FOSIS*. Santiago de Chile.
- Garcés, Mario (2002): *La lucha por la casa propia y una nueva posición en la ciudad. El movimiento de pobladores de Santiago, 1957-1970*. Santiago de Chile.
- Geertz, Clifford (1973): *The Interpretation of Cultures*. New York.
- González Meyer, Raúl (2004): „Tres décadas de un nuevo orden económico: Chile, 1973-2003“. In: *Revista Europea de Estudios Latinoamericanos y del Caribe*, Octubre de 2004, S. 61-77.
- Hidalgo V. Luis (1998): „Factores asociados a la condición de pobreza. Antecedentes a partir de estudios territoriales.“ In: *PET: Informe Anual Nr. 8 (1998)*. Santiago de Chile, S. 173-197
- Holst, Jens (2004). *Gesundheitswesen in Chile. Selektion und soziale Ausgrenzung*. Frankfurt a.M.
- INE (1998): *Ingresos de hogares y personas 1996. Encuesta suplementaria de ingresos*. Santiago de Chile.
- INE (2001): *Compendio estadístico 2001*. Santiago de Chile.
- IRAL-Fosis (1998): *Programa Entre Todos. Población José María Caro, Sector E*. Santiago de Chile.
- Kaztman, Ruben (Hg.) (1999): *Activos y estructuras de oportunidades. Estudios sobre las raíces de la vulnerabilidad social en el Uruguay*. PNUD-Uruguay/CEPAL, Montevideo.
- Larrañaga, Osvaldo (2005): *Focalización de programas en Chile: El Sistema CAS*. Banco Mundial. Serie de Documentos de Discusión sobre la Protección Social, Nr. 0528. Washington D.C.
- Martínez, Javier; Díaz, Álvaro (1995): *Chile: La gran transformación*. Sur, Centro de Estudios Sociales y Educación, Documento de Trabajo Nr. 148. Santiago de Chile.
- Martínez, Javier; Palacios, Margarita (1996): *Informe sobre la decencia. La diferenciación estamental de la pobreza y los subsidios públicos*. Ediciones Sur, Colección estudios urbanos. Santiago de Chile.
- MIDEPLAN (1996): *Balance de seis años de las políticas sociales 1990-1996*. Santiago de Chile.
- MIDEPLAN (1997): *Pobreza y distribución del ingreso en Chile 1996. Resultados de la encuesta de Caracterización Socioeconómica Nacional*. Santiago de Chile.
- MIDEPLAN (1999): *Pobreza y distribución del ingreso en Chile 1990-1999. Resultados de la VII Encuesta de Caracterización Socioeconómica Nacional*. Santiago de Chile.
- MIDEPLAN (2000): *Indicadores económicos y sociales*. Santiago de Chile.

- MIDEPLAN (2001): *Pobreza e indigencia e impacto del gasto del estado en la calidad de vida. Informe ejecutivo 2000*. Santiago de Chile.
- MIDEPLAN (2004a): *Encuesta Casen 2003*. Santiago de Chile.
- MIDEPLAN (2004b): *Seguimiento de la inversión pública por medio del Banco Integrado de Proyectos al primer semestre 2004*. Santiago de Chile.
- Morin, Edgar (1990): *Introduction à la pensée complexe*. Paris.
- Moser, Caroline (1996): *Confronting crises: A comparative study of households responses to poverty and vulnerability in four poor urban communities*. Environmentally sustainable development studies and monographs series, Nr. 8, World Bank, Washington DC.
- Moulian, Tomás (1997): *Chile actual: Anatomía de un mito*. Santiago de Chile.
- Müller-Plantenberg, Urs (2004): „Die Konzentration der Einkommen in Chile“. In: Imbusch, Peter; Messner, Dirk; Nolte, Detlef (Hg.): *Chile heute. Politik, Wirtschaft, Kultur*, Frankfurt a.M., S. 581-592.
- Nilo Ceballos, Sergio (1999): „Análisis de investigaciones recientes sobre la incidencia del mercado en la calidad y equidad de la educación“. In: *Revista Enfoques Educativos*, Nr. 2 (1999-2000), Universidad de Chile, Santiago de Chile, S. 159-167.
- Núñez, Javier; Millán, Isabel (2000): „¿Pueden mejorar su PAA los alumnos de escasos recursos? Evidencia experimental“. In: *Cuadernos de Economía*. Latin America Journal of Economics, Nr. 16, Universidad Católica de Chile, Santiago de Chile.
- Parker, Cristián (1997): „Globalização e religião: O caso chileno“. In: Oro, Ari Pedro; Steil, Carlos Alberto (Hg.): *Globalização e religião*. Petrópolis, S. 117-146.
- PET (1996): *Informe Anual Nr. 6 (1995-1996)*. Santiago de Chile.
- PET (1997): *Informe final. Sistematización del servicio de apoyo a la gestión territorial*. Santiago de Chile.
- PET (1998a): *Informe Anual Nr. 7 (1997-1998)*. Santiago de Chile.
- PET (1998b): *Informe Anual Nr. 8 (1998)*. Santiago de Chile.
- PET (1999a): *Indicadores Económico-sociales Nr. 154*. Santiago de Chile.
- PET (1999b): *Página Económica de los trabajadores. Nr. 183-1986*. Santiago de Chile.
- Pizarro, Roberto (1999): *La vulnerabilidad social y sus desafíos. Una mirada desde América Latina*. CEPAL. Santiago de Chile.
- PNUD-Chile (1998): *Informe Desarrollo Humano en Chile. Las Paradojas de la Modernización*. Programa de las Naciones Unidas para el Desarrollo, Santiago de Chile.
- PNUD-Chile (2000a): *Informe Desarrollo Humano en Chile 2000. Más sociedad para gobernar el futuro*. Programa de las Naciones Unidas para el Desarrollo, Santiago de Chile.
- PNUD-Chile (2000b): *Desarrollo Humano de las comunas*. Programa de las Naciones Unidas para el Desarrollo, Santiago de Chile.
- PNUD-Chile (2004): *Desarrollo Humano en Chile. El Poder: ¿para que y para quien?* Programa de las Naciones Unidas para el Desarrollo, Santiago de Chile.
- Riffo Pérez, Luis (2004): „Los impactos de la globalización sobre los mercados de trabajo metropolitanos: El caso de Santiago de Chile en la década de los noventa“. In: *Santiago en la Globalización ¿una nueva ciudad?* Ediciones Sur; Santiago de Chile, S. 167-187.
- Romaguera García; del Pilar, María; Mizala Salces, Alejandra Cristina (1999): „Brechas de calidad y sistemas de incentivos en Educación en Chile“. In: *Revista Enfoques Educativos*, Nr. 2. Facultad de Ciencias Sociales, Universidad de Chile, Santiago de Chile, S. 148-158.
- Ruiz Encina, Carlos (2005): „¿Habrà crecimiento con igualdad hacia el bicentenario?“. In: *Análisis del año 2004*. Departamento de Sociología Universidad de Chile, S. 35-61.
- Salazar, Gabriel (2001): „Memoria histórica y capital social“. In: Durston, John; Miranda, Francisca (Hg.): *Capital social y políticas públicas en Chile*, Bd. I. CEPAL, Santiago de Chile, S. 11-21.
- Salazar, Gabriel; Benítez, Jorge (1998): *Autonomía, espacio y gestión. El municipio cercenado*. Santiago de Chile.

- Sur (1998): *Sociedad civil, participación y ciudadanía emergente*. Propositiones, Nr. 28. Santiago de Chile.
- UNDP (2004): Human Development Report 2004. *Cultural Liberty in Today's Diverse World*. New York.
- Universidad Católica de Chile (2004): *Encuesta nacional de salud. Informe Final*. Escuela de Salud Pública, Santiago de Chile.
- Urmeneta, Roberto (1996): „Exclusión, servicios sociales y pobreza: Desafíos para las políticas“. In: PET: *Informe Anual Nr. 6 (1995-1996)*, Santiago de Chile, S. 107-130.
- Urmeneta, Roberto (1995): *Estado del arte en „Las Investigaciones sobre pobreza en América Latina“*. PET, Documento de trabajo, Nr. 107, Santiago de Chile.
- Valdés, Teresa; Benavente, María Cristina (1999): *El poder en la pareja, la sexualidad y la reproducción*. FLACSO, Santiago de Chile.
- Zapatta, Franyo (1997): *Mitos y realidades del sistema privado de fondos de pensiones en Chile (AFP)*. Santiago de Chile.
- Zemelman, Hugo (1998). *Sujeto: existencia y potencia*. Barcelona.

Anschrift des Autors:

Wigbert Flock

flock@fh-muenster.de

iz3w ▶ Zeitschrift zwischen Nord und Süd





295

Grenzüberschreitungen – Migration von Süd nach Süd

Außerdem: ▶ Krieg im Nahen Osten ▶ Demokratie im Kongo ▶ Ein Afrikaner in Jamaica ▶ Unfair Trade in Mexiko ...

Einzelpreis € 4,-

backlist:

294 Zwangsarbeit und Sklaverei # 293 Inflation der (Un-)Sicherheit
 # 292 Linke in Lateinamerika # 291: (Post-)Koloniale Reisebilder
 # 290 Afghanistan und Irak nach dem Krieg ...

Bestellung bei:

iz3w ▶ Tel. (0049) + 761 – 740 03 · info@iz3w.org · www.iz3w.org